



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Dr. Anne Cyron, Josef Seidl, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

- die vom Migrationsdruck betroffenen Balkanstaaten und insbesondere Bosnien bei der Unterbringung, Versorgung, Registrierung und auch Rückführung von Migranten zu unterstützen
- sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Budget für Notunterkünfte und Hilfsgüter zur Versorgung und Unterbringung von Migranten in Bosnien sowie in weiteren Balkanstaaten zur Verfügung gestellt wird sowie Hilfe bei der Registrierung und Rückführung von Migranten geleistet wird
- sich ferner auf Bundesebene für eine Intensivierung der Grenzschutzmaßnahmen und eine konsequente Umsetzung des Grenzschutzes an den deutschen Grenzen einzusetzen
- sich auf Bundesebene für Grenzschutzmaßnahmen in den Westbalkanstaaten mit Personal und Technik einzusetzen

Begründung:

Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR wurden 2019 allein in Serbien 27 000 Migranten registriert, also doppelt so viele wie noch im Vorjahr. Auch in Kroatien und Bosnien haben sich inzwischen wieder abertausende Migrationswillige angesammelt.

In der Stadt Bihac im Nordwesten Bosnien und in unmittelbarer Nähe zur kroatischen Grenze befinden sich derzeit etwa 5 000 Personen. Die Mehrzahl sind junge Männer aus Pakistan und Afghanistan. Seit Januar 2018 strömten nach Angaben der Stadtvertreter rund 30 000 Migranten allein durch Bihac. Täglich sollen sich aus dem Asyllager Vucjak rund 300 bis 400 Migranten in Richtung kroatischer Grenzen aufmachen, während eine ähnliche Zahl täglich neu eintreffen soll. Allesamt wollen sie über die kroatische Grenze Richtung EU und dann weiter nach Österreich und vor allem natürlich Deutschland.

Im Sommer und Herbst 2015, im Zuge des als „Völkerwanderung“ bezeichneten Massenansturms von Flüchtlingen und Migranten auf Europa, kam es immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen an der ungarischen Grenze. Die zu beobachtende Gewalt der illegalen Einwanderer führte dazu, dass Ungarn einen Grenzzaun zu Serbien und Kroatien errichtete.

Noch mit den Folgen des Ansturms von Migranten aus dem Jahr 2015 überfordert, kündigt sich nun ein erneuter Kontrollverlust des Staates an. Es droht eine Wiederholung der Situation aus dem Jahr 2015. Die Balkanstaaten werden dem Ansturm nicht mehr lange standhalten können. Um einen derartigen Massenansturm wie 2015 zu verhindern, ist es wichtig, allen betroffenen Balkanstaaten und insbesondere Bosnien schnelle und effiziente Hilfe zu leisten.

Daher gilt es, den Druck von den Balkanstaaten zu nehmen und Bosnien unverzüglich und effektiv bei der Versorgung sowie der Unterbringung der Migranten zu helfen. Hier sind sowohl der Bund gefragt als auch Bayern als von illegalen Grenzübertritten direkt betroffenes Bundesland.

Es ist wichtig, hier sofort finanzielle Mittel frei zu machen, denn wenn sich der Flüchtlingsstrom, hauptsächlich bestehend aus Wirtschaftsmigranten, erst einmal in Bewegung setzt, dann haben wir in Deutschland und Bayern wieder mit den Folgeproblemen zu kämpfen.

Weiter ist es von größter Notwendigkeit, dass die Grenzen sowohl in Deutschland als auch in den Westbalkanstaaten mit allen Mitteln geschützt werden, da der EU-Außengrenzschutz ganz offensichtlich völlig versagt. Daher sollte sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine konsequente Umsetzung des Grenzschutzes an den deutschen Grenzen einsetzen und parallel dazu die Westbalkanstaaten beim Schutz ihrer Grenzen mit Personal und Technik unterstützen. Hierfür sollten deutsche Bundespolizisten direkt vor Ort in Bosnien bei der Registrierung und Rückführung von Migranten Amtshilfe leisten.